

Ostdeutsche Morgenpost

Herausgeber: Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z o. o. d. Katowice, ul. Marjaka 1, Tel. 488; P. K. O. Katowice, Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z o. o. d. Konto 301 989.

Erste oberschlesische Morgenzeitung

Erscheint täglich, auch Montags (siebenmal in der Woche), Bezugspreis: 5.— Zloty

Anzeigepreise: 10 gespaltene Millimeterzeile im polnischen Industriegebiet 20 Gr., auswärts 30 Gr., Amtliche und Heilmittel-Anzeigen sowie Darlehns-Angebote von Nichtbanken 40 Gr. 4 gespaltene Millimeterzeile im Reklameteil 1,20 Zl. bzw. 1,60 Zl. Gewährter Rabatt kommt bei gerichtlicher Betreibung, Akkord oder Konkurs in Fortfall. — Anzeigenschluß: abends 6 Uhr

Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, die nach Möglichkeit innegehalten werden, sowie für die Richtigkeit telefonisch aufgegebener Inserate wird keine Gewähr übernommen, und kann die Bezahlung aus diesen Gründen nicht verweigert werden. — Streiks, Betriebsstörungen usw., hervorgerufen durch höhere Gewalt, begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugsgeldes oder Nachlieferung der Zeitung.

Der Nationale Block gescheitert

Hugenberg lehnt ab — Stahlhelm voraus!

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

Berlin, 9. Februar. Die Sammlung der nationalen Parteien und Gruppen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum ist gescheitert. Die Deutschnationale Volkspartei hat den Plan, den Herr von Papen im engsten Einvernehmen mit dem Stahlhelm und der Deutschen Volkspartei zu verwirklichen suchte, mit dem Hinweis auf technische Schwierigkeiten abgelehnt. Man nimmt an, daß sich hinter diesen technischen Bedenken eine grundsätzliche Abneigung Hugenburgs verbirgt, sich irgendwie nach der Deutschen Volkspartei hin zu binden. Der Stahlhelmsführer Duesterberg hat in einer Rede in Oebisfelde ausgeführt, der Stahlhelm gebe auch heute die Hoffnung noch nicht auf, daß es doch noch gelingen wird, eine große nationale Einheitsliste für diese Wahl zustande zu bringen, damit die Wählerschaft vor einer klaren Frage gestellt wird.

Trotz der Schwierigkeiten und Hemmungen gegen die Errichtung eines Nationalen Blocks erklärt der Stahlhelm, die Bemühungen fortsetzen zu wollen, all die politischen Kreise zusammenzufassen, die sich innerlich positiv zu der Aufbaubarkeit der neuen Regierung stellen, die aber die Festlegung auf eine Parteiliste nicht will. Dass ein Erfolg solcher Bemühungen Hunderttausende von Wählern, die sonst am 5. März zu Hause blieben, zur Verstärkung der nationalen Front an die Urne bringen würde, kann man auf Grund der Beobachtungen, die bei der Wahl vom 6. November zu machen waren, mit einiger Sicherheit erwarten!

Ersfreulich ist, daß wenigstens der technische Zusammenschluß der kleineren Rechtsparteien

gelungen ist, der die politische Selbständigkeit der Partner in keiner Weise beschränkt. Die Deutsche Volkspartei, der Christlichsoziale Volksdienst und die Christl.-Nat. Bauernpartei werden ihre Listen miteinander verbinden und die ersten Stellen voraussichtlich in der Reihenfolge Dingeldey, Sympendorffer, Fehr besetzen. Zwischen Deutscher Volkspartei und Christlichsozialen wird ein entsprechendes Abkommen auch für Preußen abgeschlossen werden.

In der Linkspresse wird darauf hingewiesen, daß die Wirtschaftspartei nicht an dem Bunde beteiligt ist. Das konnte nicht geschehen, weil die Wirtschaftspartei, die im vorigen Reichstag mit keinem eigenen Wahlkreismandat vertreten war, von der Wahlrechtsänderung betroffen wird und jetzt 60 000 Unterschriften in einem einzelnen Wahlkreis aufbringen müsste. Dazu ist sie nicht imstande. Sie wird aber in den sächsischen Wahlkreisen, in denen sie über einen beträchtlichen Anhang verfügt, bei der Kandidatenaufstellung des Blocks der Mitte berücksichtigt werden.

Zentrum und bairische Volkspartei

haben sich ganz auf den Kampf gegen die nationale Front eingestellt. Über der Angriff richtet sich gegen die beiden Parteien nicht mit der gleichen Schärfe: Während den „kultuskämpferischen“ Deutschnationalen bestigte Jede angefragt wird, werden die Nationalsozialisten glimpflicher behandelt. Offenbar lassen die beiden katholischen Parteien die Möglichkeit einer braun-schwarzen Koalition nicht aus den Augen.

Geldte Reichskommissar für Arbeitsdienst Planmäßiger Ausbau des Arbeitsdienstes

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 9. Februar. Die Ernennung des Reichsarbeitsministers Seelde zum Reichskommissar für Arbeitsdienst steht unmittelbar bevor. Selbte wird alsbald den Führer der Abteilung Westmark des Stahlhelms, Mahnke, zu seinem Stellvertreter ernennen. Mahnke leitet im Stahlhelm die Bundesstelle für Freiwilligen Arbeitsdienst; ihm wird die Organisation des Arbeitsdienstes obliegen. Die Reichsregierung betrachtet diese Aufgabe als vordringlich und wird die nötigen Mittel zur Verfügung stellen. Der planmäßige Ausbau des Arbeitsdienstes — wobei noch nicht feststeht, ob die Freiwilligkeit aufrechterhalten bleibt oder eine gewisse Pflicht für Jugendliche eingeführt werden soll — dürfte im März erfolgen. Man will große Arbeiten im Rahmen weitwichtiger Landesplanung in Angriff nehmen und eine regionale Zusammenfassung der großen Arbeitsbeschaffungsarbeiten in festen räumlichen und personalen Einheiten herbeiführen. Im allgemeinen sollen

nur geschlossene Lager,

wenigstens mittlerer Größe, eingesetzt und nach Möglichkeit mehrere benachbarte Lager zu Verwaltungseinheiten zusammengefaßt werden. Die Führerschule soll ausgebaut, Sport und allgemeine Erziehung in verstärktem Maße ausgebaut werden.

Was die Arbeitsbeschaffung betrifft, so werden, nachdem mit den Banken in der Provisionsfrage für Arbeitsbeschaffungsfreibeteile eine Einigung herbeigeführt ist, in den nächsten Tagen eine Reihe von Anträgen durch den Arbeitsbeschaffungskommissar Dr. Gereke genehmigt und in Angriff genommen werden. Eine Schwie-

rigkeit besteht insoweit, als die kommunalen Körperschaften aufgelöst sind und kein Gremium vorhanden ist, das die Mittel zur Arbeitsbeschaffung genehmigen kann. Es wird deshalb eine Verordnung erscheinen, in der bestimmt wird, daß zur Genehmigung von Arbeitsbeschaffungsplänen die Gemeindevorstände ermächtigt sind.

Bairische Nationalsozialisten fordern die Arbeitsdienstpflicht

(Telegraphische Meldung)

München, 9. Februar. Im Bayrischen Landtag erhoben die Nationalsozialisten die Forderung nach Einführung der Arbeitsdienstpflicht. Während auch der Bauerbund für die Einführung der Arbeitsdienstpflicht eintrat, erklärte die Bayr. Volkspartei, „erst die weiteren Erfahrungen abwarten“ zu wollen. Als Gegner der Arbeitsdienstpflicht sprachen sich die Sozialdemokraten und Kommunisten aus. In der Abstimmung wurde der nationalsozialistische Antrag, die bayerische Staatsregierung solle bei der Reichsregierung auf Einführung der Arbeitsdienstpflicht hinwirken, angenommen. Nachträglich stellte sich durch eine Erklärung der Bayr. Volkspartei heraus, daß bei der Abstimmung die Bayr. Volkspartei irrtümlich (!) für den nationalsozialistischen Antrag gestimmt hatte.

Millionen-Darlehnsbewilligung der Dessa

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 9. Februar. Vom Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung wird mitgeteilt: Der Kreditausschuß der Deutschen Gesellschaft für

Abrüstung der Wirtschaft

Das Sachverständigenmemorandum für die Weltwirtschaftskonferenz

Von
Gilbert C. Layton,
Direktor des „Economist“, London.

Die Sachverständigen, die das vorbereitende Komitee der Weltwirtschaftskonferenz bilden, haben ein Memorandum herausgegeben, das ein gutes Schlagwort liefert hat. Dieses Schlagwort — Abrüstung der Wirtschaft — bezeichnet ganz richtig den Geschäftswinkel, von dem aus die Wirtschaftsfragen der Welt betrachtet werden müssen.

Gewiß wacht jede Nation mit Recht ebenso ängstlich über ihre wirtschaftliche wie über ihre militärische Sicherheit, aber mit Recht haben die Sachverständigen darauf hingewiesen, daß der Wirtschaftskrieg aller gegen alle, der mit Hilfe von Zöllen, Handelsbeschränkungen und Devisensperren geführt wird, zum Schluß doch nur zu allgemeiner Verarmung führen kann. Der einzige Weg zu einem möglichst großen Maß wirtschaftlichen Wohlgehebens führt über die Freiheit einer internationalen Erziehung der wirtschaftlichen Kräfte der Erde. Man muß den Sachverständigen bestimmen, wenn sie sagen, daß mit dem Balk von Lausanne der Weg zum Wirtschaftsfrieden zwischen den Völkern eingeschlagen worden ist und daß, wenn dieser Weg nicht weiter verfolgt wird, „das gegenwärtige Wirtschaftssystem, wie wir es kennen, kaum die Krisis überleben dürfte“.

Aber so richtig auch das „Leitmotiv“ des vorbereitenden Komitees wie seine mehr detaillierten Vorschläge sind, so gehen sie doch unglücklicherweise nicht weiter, als einige allgemeine Grundsätze festzustellen, die nicht von präzisierten praktischen Vorschlägen für die Behebung der gegenwärtigen Schwierigkeiten begleitet werden. Gewiß werden sich alle Völker beeilen, den theoretischen Gedankengängen der Sachverständigen zuzustimmen, aber jedes Volk wird eine ausgezeichnete Begründung dafür finden, warum es notwendig sei, daß das andere Volk auf dem Wege der Versöhnung und der Niederrichtung der Schranken den ersten Schritt machen müsse. Die unzweckmäßig günstigere Atmosphäre, unter deren Einwirkung die Beratungen der Sachverständigen im Januar gegenüber ihrem Zusammentreffen im Oktober standen, ist leider weniger darauf zurückzuführen, daß sich die Anschaulungen der führenden Nationen in den letzten drei Monaten einander genähert haben, als vielmehr darauf, daß es sich diesmal nur darum handelte, ein allgemeines Memorandum auszuarbeiten und nicht detaillierte Vorschläge zu machen.

Das Memorandum gliedert sich in zwei Abschnitte. Es behandelt Abrüstung der Wirtschaft

öffentliche Arbeiten (Dessa) hat im Rahmen des Sofortprogramms Darlehnsanträge in Höhe von 7½ Millionen RM genehmigt, davon 5½ Millionen RM für die Württembergische Landeswasserwerbung. Bei den Materiallieferungen für dieses Arbeitsvorhaben werden sich allein für die Industrie des Ruhrgebietes Aufträge in Höhe von fast 2½ Millionen RM ergeben.“

